

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

Bericht des Finanzministeriums an Seine Königliche Hoheit den Großherzog. Die Vergleichung der Budgetsätze mit den Rechnungsergebnissen für die Jahre 1898 und 1899 betreffend

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Bericht des Finanzministeriums

an

Seine Königliche Hoheit den Großherzog.

Die Vergleichung der Budgetsätze mit den Rechnungsergebnissen für die Jahre 1898 und 1899 betreffend.

Eurer Königlichen Hoheit legen wir in dem beifolgenden gedruckten Hefte die vergleichende Darstellung der Budgetsätze und der Rechnungsergebnisse für die Jahre 1898 und 1899 ehrerbietigst vor.

Die Oberrechnungskammer hat die ihr bezüglich dieser Rechnungsablage zukommende Prüfung vollendet und sowohl bei jeder getrennt dargestellten Abtheilung des Budgets die Uebereinstimmung der Darstellung mit dem genehmigten Budget und den Hauptrechnungen beurkundet unter Verweisung auf die einzelnen außeretatmäßigen Buchungen, als auch im Sinne des Artikel 18 Ziffer 2 des Gesetzes vom 25. August 1876 am Schlusse der beiden letzten Abtheilungen dieses Heftes die Erklärung abgegeben, daß weitere als die bei den Spezialdarstellungen erwähnten Abweichungen vom genehmigten Budget für 1898 und 1899 bei der Rechnungsabhör nicht festgestellt worden, auch Abweichungen von den Bestimmungen der auf die Staatseinnahmen und Ausgaben, oder auf die Erwerbung, Benützung oder Veräußerung von Staatseigenthum bezüglichen Gesetze und wichtigeren Vorschriften nicht hervorzuheben seien.

Die Hauptergebnisse der vergleichenden Darstellungen beehren wir uns im Nachstehenden zusammenzufassen.

Erster Abschnitt.

Ergebnisse des allgemeinen Staatshaushalts.

A. Ordentlicher Etat.

Die ordentlichen Ausgaben haben in den Jahren 1898 und 1899 nach Abtheilung VII Seite 148 dieses Heftes betragen:

unter Abtheilung	Budgetjah für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs- Soll.		Dieses gegen Jenen			
				mehr.		weniger.	
	M.	M.	S.	M.	S.	M.	S.
I. Staatsministerium	37 189 108	38 408 102	07	1 218 994	07	—	—
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	469 894	489 957	21	20 063	21	—	—
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	31 665 730	32 474 435	60	808 705	60	—	—
IV. Ministerium des Innern	27 155 910	27 236 041	88	80 131	88	—	—
V. Finanzministerium	38 838 398	40 787 179	65	1 948 781	65	—	—
VI. Oberrechnungskammer	210 112	201 264	70	—	—	8 847	30
Summe der Ausgabe	135 529 152	139 596 981	11	4 076 676	41	8 847	30
						8 847	30
						4 067 829	11

Die ordentlichen Ausgaben haben hiernach den Voranschlag um 3,0 Prozent überstiegen.
Die ordentlichen Einnahmen haben betragen:

unter Abtheilung	Voranschlag für 2 Jahre zusammen.	Rechnungs- Soll.		Dieses gegen Jenen			
				mehr.		weniger	
	M.	M.	S.	M.	S.	M.	S.
I. Staatsministerium	29 089 866	30 534 021	25	1 444 155	25	—	—
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	10 029 144	10 345 783	53	316 639	53	—	—
IV. Ministerium des Innern	7 404 196	7 415 350	57	11 154	57	—	—
V. Finanzministerium	88 943 632	108 316 825	02	19 373 193	02	—	—
VI. Oberrechnungskammer	804	613	05	—	—	190	95
Summe der Einnahmen	135 467 642	156 612 593	42	21 145 142	37	190	95
						190	95
						21 144 951	42

Hiernach haben die ordentlichen Einnahmen den Voranschlag um 15,6 Prozent überstiegen.

Nach dem Budget war eine Mehrausgabe im ordentlichen Etat im Betrag von 61 510 M. — S.
zu erwarten, während sich in Wirklichkeit eine Mehreinnahme von 17 015 612 „ 31 „
sonach ein um 17 077 122 M. 31 S.
günstigerer Abschluß ergab.

Die wesentlichsten Unterschiede zwischen Budgetjah und Rechnungsergebniß finden in folgenden Verhältnissen ihre Erklärung:

Beim Staatsministerium ergibt sich eine Mehrausgabe von 1 218 994 M. 07 S.
und eine Mehreinnahme von 1 444 155 „ 25 „
sonach ein um 225 161 M. 18 S.

günstigerer Abschluß. Derselbe ist in der Hauptsache durch das Ergebnis der Abrechnung mit dem Reich veranlaßt, indem die Ueberweisungen aus der Reichskasse zusammen um 1 444 155 M. 25 S. höher waren als der Budgetjah, wovon auf die Ueberweisungen aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer 1 091 384 M. 70 S., auf

diesigen aus dem Ertrag der Brauntweinsteuer 187 983 *M.* 70 *℥* und auf diejenigen aus dem Ertrag der Reichs-
stempelabgaben 164 786 *M.* 85 *℥* entfallen. Der Mehrüberweisung steht eine Mehrausgabe an Matrifularbeiträgen
von 1 093 041 *M.* gegenüber, so daß die Abrechnung mit dem Reich schließlich noch um 351 114 *M.* 25 *℥* günstiger
abschließt. Dagegen waren an Kosten des Landtags 109 662 *M.* 17 *℥* und für Aversen an Zöllen für die außer-
halb der Zollgrenze gelegenen Landestheile 16 394 *M.* über den Budgetsatz hinaus zu bestreiten.

Beim Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten
stellt sich der Abschluß wegen Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln um 20 063 *M.* 21 *℥*
ungünstiger.

Beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ergab sich ein um 492 066 „ 07 „
ungünstigerer Abschluß, herrührend von einer Mehrausgabe von 808 705 „ 60 „
abzüglich einer Mehreinnahme von 316 639 „ 53 „

Von der Mehrausgabe entfallen auf den Titel V. Amtsgerichte und Notare 315 811 „ 81 „

hauptsächlich herrührend aus 95 961 *M.* 32 *℥* Mehraufwand für Gebührenanteile der Notare
und für Ersatz von Fuhrkosten aus der Staatskasse, 21 534 *M.* 17 *℥* für Aufbesserung des
Gebühreneinkommens der Notare in Folge Minderertrags, 41 128 *M.* 91 *℥* für Vergütungen
des nicht etatmäßigen Personals, 109 543 *M.* 34 *℥* für Tagelöhner, Reise- und Umzugs-
kosten, 58 092 *M.* 49 *℥* für Stellvertretung und Dienstaushilfe und 20 879 *M.* 95 *℥* für
fachliche Amtskosten. Dieser Mehraufwand wird zu einem Theile ausgeglichen durch Er-
sparnisse bei den Gehaltsetats im Betrage von 44 544 *M.* 17 *℥*.

Titel VI. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege 205 423 „ 52 „

(hierunter 21 871 *M.* 44 *℥* Bauaufwand und 180 186 *M.* 36 *℥* Kosten der Rechtspflege, haupt-
sächlich in Folge der Zunahme der Civilprozesse, sowie höheren Gefangenenstandes bei den Amts-
und Kreisgefängnissen; dagegen 36 452 *M.* 86 *℥* Minderaufwand für Gefälligverlust).

Titel VII. Strafanstalten 131 462 „ 56 „

(hauptsächlich in Folge Steigerung des Gewerbebetriebs, woraus sich auch eine erhöhte Ein-
nahme ergeben hat; siehe unten).

Titel IX. Unterrichtswesen 126 481 „ 04 „

(darunter 29 940 *M.* 19 *℥* für unständige Staatsbeiträge an Realmittelschulen, 46 392 *M.* 49 *℥*
Vergütungen der Unterlehrer und 24 007 *M.* 62 *℥* Vergütungen der Hilfslehrer).

Titel XII. Verschiedene und zufällige Ausgaben 24 177 „ 37 „

Von der oben erwähnten Mehreinnahme entfallen 91 370 *M.* 23 *℥* auf Titel I. Justizverwaltung (haupt-
sächlich in Folge Zunahme der Untersuchungskosten und des Arbeitsbetriebs in den Kreis- und Amtsgefängnissen)
und 206 254 *M.* 49 *℥* auf Titel II. Strafanstalten (im Zusammenhange mit der bezeichneten Mehrausgabe in
Folge gesteigerten Gewerbebetriebs).

Im Geschäftskreis des Ministeriums des Innern ergab sich nach Abrechnung der

Minderverwendungen im Ganzen eine Mehrausgabe von 80 131 *M.* 88 *℥*

und eine Mehreinnahme von 11 154 „ 57 „

so daß sich der Abschluß um 68 977 *M.* 31 *℥*

ungünstiger gestaltet.

Die hauptsächlichsten Mehrausgaben sind entstanden:

bei Titel IX. Bezirksverwaltung und Polizei mit 318 674 „ 17 „

und zwar 20 715 *M.* 98 *℥* Mehraufwand bei den sonstigen persönlichen Ausgaben, haupt-
sächlich in Folge vermehrten Bedarfs für Stellvertretung und Dienstaushilfe, 33 100 *M.* 02 *℥*

Mehraufwand an Tagelöhnern, Reise- und Zugskosten wegen Geschäftssteigerung, 86 267 *M.* 43 *℥*

Mehraufwand für die Medizinalpolizei (hauptsächlich in Folge der Maßnahmen zur Bekämpfung
der Thiersenchen), 263 172 *M.* 46 *℥* Mehraufwand in Verwaltungs- und Polizeisachen, von

welchen rund 30 000 *M.* auf die Kosten des Verfahrens in Verwaltungs- und Polizeisachen,
rund 40 400 *M.* auf die Kosten der Zwangserziehung, rund 76 000 *M.* auf die Gebühren der

Bezirksbaukontroleure in Folge der gesteigerten Bauhätigkeit, rund 76 700 M. auf die Gebühren der Bauwähler in Feuerversicherungssachen und rund 35 400 M. auf die Tagelöhner und Reisekosten der Bezirksthierärzte für Mitwirkung bei der Gemeindefarrenschau entfallen; dagegen 58 443 M. 23 S. Minderaufwand an Gehalt und Wohnungsgeld und 49 708 M. 93 S. Minderaufwand der Bezüge des nicht etatmäßigen Personals.

bei Titel XII. Heil- und Pflegeanstalten	55 630 M. 17 S.
(und zwar 45 954 M. Mehraufwand in Folge der Ausdehnung des Oekonomiebetriebes der Anstalten Illenau und bei Emmendingen, dem eine entsprechende Mehreinnahme gegenübersteht, 31 632 M. 37 S. Mehraufwand an Verpflegungskosten in Folge des hohen Krankenstandes und höherer Preise der Lebensmittel und 25 990 M. Mehraufwand an Beleuchtungskosten, darunter eine größere einmalige Ausgabe, dagegen 62 416 M. 88 S. Minderaufwand bei den Bezügen des nicht etatmäßigen Personals.	
bei Titel XVI. für Förderung der Landwirtschaft (hauptsächlich wegen Förderung der Pferdezzucht)	21 155 „ 64 „
Dagegen weisen Minderausgaben auf:	
Titel X. Allgemeine Sicherheitspolizei (hauptsächlich bei den Gehältern und beim Wohnungsgeld)	40 377 „ 32 „
Titel XIII. Polizeiliches Arbeitshaus (wegen geringeren Gefangenenstandes)	29 615 „ 41 „
Titel XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	265 818 „ 11 „
und zwar bei der Zentralverwaltung 36 086 M. 12 S., bei der Bezirksverwaltung 32 289 M. 66 S., beim Wasserbau 33 872 M. 79 S., bei der Katastervermessung 239 950 M. 76 S., dagegen 68 290 M. 82 S. Mehraufwand für Straßenbau, hauptsächlich wegen des Steinbruchbetriebs.	
Die Mehreinnahmen entfallen zum größten Theil auf Titel III. (Heil- und Pflegeanstalten) mit	123 224 „ 14 „
(herrührend aus der oben erwähnten Ausdehnung des Oekonomiebetriebes in den Anstalten Illenau und bei Emmendingen, den Einnahmen aus der Kostbereitung sowie aus den Unterhaltungskostenbeiträgen der Pflinglinge).	
Dieser Mehreinnahme stehen Mindereinnahmen gegenüber bei Titel II. Bezirksverwaltung und Polizei mit	79 712 „ 21 „
(hauptsächlich wegen geringerer Ersahleistung für Entschädigungen für versicherte Thiere).	
Titel IV. Polizeiliches Arbeitshaus im Zusammenhang mit der erwähnten Minderausgabe	25 579 „ 47 „
Titel VIII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	22 981 „ 07 „
(und zwar 38 416 M. 08 S. wegen der Katastervermessung, dagegen 15 328 M. 49 S. Mehreinnahme beim Wasser- und Straßenbau, hauptsächlich aus dem Steinbruchbetrieb und aus dem Verkauf von Geräthschaften und Materialien, während der Ertrag aus Grundstücken und die Beiträge zur Unterhaltung der Landstraßen Mindereinnahmen ergaben).	
Beim Finanzministerium ergab sich im Ganzen eine Mehrausgabe von	1 948 781 M. 65 S.
und eine Mehreinnahme von	19 373 193 „ 02 „
so daß dessen Rechnung gegenüber dem Vorausschlag um	17 424 411 M. 37 S.
günstiger abschließt.	
An Mehrausgaben sind zu verzeichnen bei der Verwaltung des Hochbauwesens (hauptsächlich wegen vermehrten Bedarfs an Hilfspersonal der Baubehörden und höheren Aufwands auf Zentralstaatsgebäude)	75 169 M. 52 S.
bei der Domänenverwaltung	682 625 „ 56 „
(darunter 52 936 M. 67 S. Mehraufwand für Grundstockgebäude, 68 732 M. 56 S. für Grundstücke, 124 927 M. 85 S. für den Betrieb der Brauerei Rothhaus und des Hofes Dürrenbühl, 24 123 M. 06 S. für Waldkulturkosten, 246 357 M. 88 S. für Zurichtung	
Uebertrag	757 795 M. 08 S.

Uebertrag . . . 757 795 M. 08 S

der Walderzeugnisse, 35 164 M. 07 S für Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge, 83 010 M. 49 S für Kompetenzen und 24 326 M. 96 S für Gemeindegelände, Kreis- und Landstraßen; dagegen 91 013 M. 76 S Minderaufwand auf Lastengebäude, da einzelne Neubauten in der Budgetperiode nicht in der vorgesehenen Weise gefördert werden konnten),		
bei der Salinenverwaltung	110 021	" 57 "
(in Folge Zunahme der erzeugten Salzmenge und höherer Arbeits- und Materialpreise),		
bei der Steuerverwaltung	996 135	" 01 "
(hauptsächlich wegen des mit den höheren Einnahmen zusammenhängenden größeren Abgangs und Rückersatzes an direkten und indirekten Steuern, sowie der Antheile der Gemeinden an den Hundstagen),		
bei der Allgemeinen Kassenverwaltung wegen höheren Abgangs an Aktivresten	17 986	" 60 "
bei den Ruhegehalten (wegen größerer Zahl der bezugsberechtigten Beamten und Mehrbedarfs an wandelbaren Zuschüssen an die Beamtenwitwenkasse)	173 619	" 21 "
beim Ministerium, der Generalstaatskasse, der Münzverwaltung sowie den verschiedenen und zufälligen Ausgaben	6 281	" 76 "
	<hr/>	
zusammen	2 061 839	M. 23 S

Diesem Betrag stehen Minderausgaben gegenüber bei dem Titel

Zollverwaltung wegen Minderaufwands an Gehalt, Wohnungsgeld, Tagegeldern und Reisekosten und bei den verschiedenen und zufälligen Ausgaben	109 307	M. 63 S
Unterstützungs- und Belohnungsfond unter Uebertragung auf die nächste Budgetperiode	3 749	" 95 "
	<hr/>	
zusammen	113 057	" 58 "
so daß als Mehrausgabe noch die obigen verbleiben	1948 781	M. 65 S

Mehreinnahmen haben geliefert:

die Domänenverwaltung (namentlich aus Holz wegen größerer Diebmenge und höherer Preise)	2 177 376	M. 98 S
die Salinenverwaltung	325 274	" 23 "
die Steuerverwaltung (nach unten folgender Erläuterung)	16 505 346	" 05 "
die Zollverwaltung (namentlich an Vergütung des Reichs für die Kosten der Verwaltung der Reichssteuern)	205 059	" 73 "
die Münzverwaltung	1 029	" 77 "
der Titel „Allgemeine Kassenverwaltung“ (namentlich aus Ersatz für Ruhegehälter, Gnadengaben u. s. w. einzelner Verwaltungszweige, während die Einnahme aus erblosen Gütern hinter dem Budgetjahre erheblich zurückblieb)	159 106	" 26 "
	<hr/>	
zusammen wie oben	19 373 193	M. 02 S

Zu den Mehreinnahmen der Steuerverwaltung ist besonders zu erwähnen, daß die direkten Steuern ein Mehr von

(darunter die Einkommensteuer allein ein solches von 2 170 425 M. 81 S),		
die indirekten Steuern (Wein-, Bier- und Fleischsteuer, sowie Liegenschafts- und Schenkungssteuer) ein solches von	11 458 293	" 72 "
(darunter die Biersteuer ein solches von 4 696 398 M. 26 S, die Liegenschafts-, Schenkungs- und Erbschaftsteuer ein solches von 5 760 374 M. 79 S),		
die Justiz- und Polizeigefälle ein Mehr von	1 877 537	" 32 "
endlich die verschiedenen Einnahmen ein Mehr von	76 470	" 10 "
	<hr/>	
lieferten, so daß sich im Ganzen obige Mehreinnahme von	16 505 346	M. 05 S

ergibt.

B. Außerordentlicher Etat.

a. Ausgabe.

Die außerordentlichen Ausgaben finden sich unter Abtheilung VII. auf Seite 149 dieses Heftes verzeichnet, wie folgt:

unter Abtheilung	Budgetjah für 2 Jahre zusammen.		Rechnungs- Soll.		Dieses gegen jenen			
	M.	ℳ	M.	ℳ	mehr.		weniger.	
a. Für die allgemeine Staatsverwaltung.								
a. Von der Statsperiode 1896/97.								
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	570 396	79	707 479	48	137 082	69	—	—
IV. Ministerium des Innern	1 756 011	16	1 794 941	64	38 930	48	—	—
V. Finanzministerium	32 141	99	150 553	12	118 411	13	—	—
zusammen a.	2 358 549	94	2 652 974	24	294 424	30	—	—
β. Von der Statsperiode 1898/99.								
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	4 542 645	—	3 668 698	07	—	—	873 946	93
IV. Ministerium des Innern	7 171 949	—	5 067 422	30	—	—	2 104 526	70
V. Finanzministerium	1 618 075	—	1 144 128	01	—	—	473 946	99
zusammen β.	13 332 669	—	9 880 248	38	—	—	3 452 420	62
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	15 691 218	94	12 533 222	62	294 424	30	3 452 420	62
b. Für die Domänengrundstocksverwaltung.								
a. Von der Statsperiode 1896/97.								
V. Finanzministerium	798 611	78	955 727	79	157 116	01	—	—
β. Von der Statsperiode 1898/99.								
V. Finanzministerium	1 551 800	—	1 291 855	44	—	—	259 944	56
Summe b. Für die Domänengrundstocksverwaltung	2 350 411	78	2 247 583	23	157 116	01	259 944	56
Hiezu								
Summe a. Für die allgemeine Staatsverwaltung	15 691 218	94	12 533 222	62	—	—	3 157 996	32
Summe der Ausgabe	18 041 630	72	14 780 805	85	—	—	3 260 824	87

Ueber die wesentlichsten Abweichungen zwischen Budget und Rechnungsergebniß ist zu bemerken:

1. Bezüglich der Kreditreste aus der Statsperiode 1896/97:

Der Mehraufwand beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts erklärt sich dadurch, daß neben geringeren Ueberschreitungen und Ersparnißen bei verschiedenen budgetmäßigen Bewilligungen für das Unterrichtsweisen und die Sternwarte Ausgaben im Gesamtbetrag von 137 237 M. 56 ℳ auf Administrativkredit zu leisten waren.

Der Mehraufwand beim Ministerium des Innern ist in der Hauptsache ebenfalls durch Ausgaben auf Administrativkredit im Betrage von 52 087 M. 40 ℳ beim Wasser- und Straßenbau entstanden. Ferner war zu Staatsbeihilfen an Gemeinden wegen Wiederherstellung von Hochwasserschäden vom März 1896 ein Betrag von 21 508 M. über den Budgetjah hinaus erforderlich. Dagegen blieben unter dem Titel „Für Förderung der Landwirtschaft“ die Verwendungen den aufgetretenen Bedürfnissen entsprechend bei der Position „Wegen Bekämpfung der Reblausgefahr“ um 17 088 M. 04 ℳ hinter dem Budgetjah zurück.

Beim Finanzministerium wurde zu Lasten des Titels „Hochbauwesen“ für Erwerbung des Anwesens neben dem Ständehause dahier ein Betrag von 117 037 M. 27 ℳ auf Administrativkredit bestritten.

Der Mehraufwand bei der Domänengrundstocksverwaltung rührt hauptsächlich von der innerhalb der zulässigen Grenze erforderlich gewordenen Ueberschreitung der Bewilligung für den Bau des Erbgroßherzoglichen Palais her; außerdem wurden Ausgaben auf Administrativkredite im Betrage von 67 159 M. 47 ℳ bestritten.

2. Bezüglich der Kredite aus der Statsperiode 1898/99:

Der beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts festzustellende Minderaufwand von 873 946 M. 93 S ist durch Minderverwendungen bei den Stats der allgemeinen Ausgaben für die Rechtspflege, der Strafanstalten, des Unterrichtswesens und der Wissenschaften und Künste entstanden. Dieselben stellen sich indessen nur zum geringen Theile als eigentliche Erübrigungen dar, die meisten Beträge sind vielmehr zur Verwendung in der Budgetperiode 1900/01 vorbehalten. Auf Administrativkredit waren bei den Strafanstalten und beim Unterrichtswesen 161 047 M. 31 S zu leisten, um deren Betrag sich die oben angegebene Minderverwendung bei den budgetmäßigen Ausgaben erhöht.

Beim Ministerium des Innern entfallen namhaftere Minderverwendungen auf die Bezirksverwaltung und Polizei, die milden Fonds und gemeinnützigen Anstalten, die Heil- und Pflgeanstalten, den Etat für Förderung der Landwirtschaft sowie auf die Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Auch hier sind indess die Beträge fast durchweg zur Verwendung in den Jahren 1900 und 1901 vorbehalten, daher nicht als erspart zu bezeichnen. An Mehrausgaben ist neben mehreren auf Administrativkredit geleisteten Zahlungen im Gesamtbetrag von 232 673 M. 76 S eine Ueberschreitung des Budgetsatzes für Erstellung eines Amtsgebäudes in Karlsruhe um 51 958 M. 89 S zu erwähnen.

Beim Finanzministerium sind für den Ankauf von Grundstücken zur späteren Erstellung von Dienst- und Wohngebäuden für Grenzollbeamte Ausgaben von zusammen 51 039 M. 99 S auf Administrativkredit vollzogen worden; im Uebrigen haben sich erheblichere Minderverwendungen bei den Stats der Salinen-, Steuer- und Zollverwaltung ergeben, die sich indessen auch hier nicht als Erübrigungen darstellen, sondern in den meisten Fällen in der Budgetperiode 1900/01 verwendet werden.

Die Ausgaben zu Lasten des Domänengrundstocks weisen im Ganzen eine Minderverwendung von 259 944 M. 56 S auf, so zwar, daß bei den budgetmäßigen Ausgaben 457 192 M. 57 S weniger verwendet, dagegen außeretatmäßig (auf Administrativkredit) 197 248 „ 01 „ verausgabt wurden. Die Restbeträge der Budgetmittel sind auch hier zum größten Theile zur Verwendung in der Budgetperiode 1900/01 vorbehalten.

b. Einnahme.

Die außerordentlichen Einnahmen sind nach Abtheilung VII. dieses Heftes (Seite 149/50) veranschlagt gewesen auf 3 440 868 M. 78 S
eingegangen sind nach dem Rechnungsfoll 2 865 861 „ 16 „

sonach weniger 575 007 M. 62 S

Werden, was zur Vergleichung mit dem Voranschlag angezeigt erscheint, die nachstehend entzifferten, nicht budgetmäßigen Einnahmen mit 60 M. + 13 348 M. 68 S + 205 977 M. 68 S = 219 386 „ 36 „ beim Rechnungsfoll außer Betracht gelassen, so ergibt sich eine Wenigereinnahme von 794 393 M. 98 S

Dieselbe ist im Wesentlichen wie folgt begründet:

Beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ergab sich eine Mindereinnahme von 126 634 M. dadurch, daß der Beitrag der Stadt Karlsruhe zum Neubau eines chemischen Laboratoriums für die Technische Hochschule mit 100 000 M. erst im Jahr 1900 zur Erhebung gelangte und die Auszahlung der Brandentschädigung für den östlichen Flügel des Marstallgebäudes in Heidelberg wegen Nichtvollendung des Wiederaufbaues in der Budgetperiode noch nicht erfolgen konnte. Dagegen weist die Strafanstaltenverwaltung eine außeretatmäßige Einnahme von 60 M. auf.

Beim Ministerium des Innern ergab sich eine Mindereinnahme von 338 674 M. 74 S oder, wenn man die außeretatmäßigen Einnahmen vom Bau der Heil- und Pflgeanstalt bei Emmendingen mit 284 M. und beim Wasser- und Straßenbau mit 13 064 M. 68 S außer Acht läßt, eine solche von 352 023 M. 42 S, welche in der Hauptsache auf die Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues entfällt und durch langsameren Vollzug der betreffenden Bauten, zu welchen Beiträge von Gemeinden u. s. w. zu erheben sind, entstanden ist; der größte Theil dieser Summe ist in der nächsten Budgetperiode nachträglich in Einnahme zu stellen. Die

„sonstigen Einnahmen“ der Wasser- und Straßenbauverwaltung weisen ein (bei den vorstehenden Mindereinnahmen in Abzug gebrachtes) Mehr von 36 092 M. 02 S nach, das in der Hauptsache durch die Abrechnung mit Elsaß-Lothringen über den Brückenbau bei Kehl entstanden ist.

Der Etat des Finanzministeriums schließt ab für die allgemeine Staatsverwaltung mit einer Mindereinnahme von 6 870 M. 33 S

herrührend aus der in beiden Jahren ausgefallenen Ersatzleistung für Kasernenbaukosten durch das Reich mit 15 600 M. abzüglich außeretatmäßiger Einnahmen bei der Zollverwaltung im Betrage von 8 729 M. 67 S.

An budgetmäßigen Einnahmen von der Domänengrundstücksverwaltung erscheint hier — entsprechend dem Ergebnis der betreffenden Ausgaben — für die Periode 1896/97 ein Mehr von 89 956 M. 54 S, dagegen für 1898/99 ein Weniger von 457 192 M. 57 S, zusammen weniger

	367 236 „ 03 „
so daß sich im Ganzen eine Mindereinnahme von	374 106 M. 36 S
und unter Berücksichtigung der Ersatzleistung für die auf Administrativkredit vollzogenen Ausgaben mit zusammen	264 407 „ 48 „
eine solche von	109 698 M. 88 S

ergibt.

C. Gesamtergebnis des Staatshaushalts.

Nach dem Finanzgesetz vom 26. Mai 1898 und dem Nachtrag vom 31. Juli 1898 (Gesetzes- und Verordnungsblatt von 1898 Nr. XVI Seite 289 und Nr. XXIII Seite 371) sind in Übereinstimmung mit den unter Abtheilung VII Seite 147 und folgenden dieses Heftes gegebenen Darstellungen die Ausgaben der Budgetperiode veranschlagt:

im ordentlichen Etat zu	14 884 469 M.	135 529 152 M. — S
im außerordentlichen Etat zu	2 630 797 „	
oder nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen mit		12 253 672 „ — „

zu restlich	12 253 672 „ — „	147 782 824 M. — S
-------------	------------------	--------------------

sonach im Ganzen zu		135 467 642 „ — „
---------------------	--	-------------------

Dieselben sollten ihre Deckung finden in den Einnahmen des ordentlichen Etats, welche auf

	12 315 182 M. — S
--	-------------------

veranschlagt waren, bezüglich des Restes mit durch einen außerordentlichen, in den folgenden Etatsperioden wieder zu ersetzenden Zuschuß aus der Amortisationskasse

Nach der Rechnung haben aber, wenn man von dem Aufwand zu Lasten von Krediten aus früheren Perioden zunächst abzieht, die Ausgaben des ordentlichen Etats	11 172 103 M. 82 S	139 596 981 M. 11 S
die des außerordentlichen Etats	1 899 873 „ 37 „	
oder nach Abzug der gleichartigen Einnahmen mit		9 272 230 „ 45 „

noch restlich	9 272 230 „ 45 „	148 869 211 M. 56 S
---------------	------------------	---------------------

betragen, so daß ein Aufwand von	148 869 211 M. 56 S
zu decken war. Da die ordentlichen Einnahmen im Ganzen	156 612 593 „ 42 „

betragen, so verblieb ein Ueberschuß von	7 743 381 M. 86 S
--	-------------------

Von dem Ueberschuße gehen noch die Ausgaben auf Restkredite der vorhergehenden Periode ab mit	3 608 702 M. 03 S
oder abzüglich der Einnahmen gleichen Ursprungs mit	965 987 „ 79 „
mit restlichen	2 642 714 „ 24 „

Zu der verbleibenden Mehreinnahme mit	5 100 667 M. 62 S
---------------------------------------	-------------------

	Uebertrag	5 100 667 M. 62 S)
ist derjenige Betrag hinzuzurechnen, um welchen sich der Werth der Naturalvorräthe während der Berichtsperiode vermehrt hat, nämlich von	774 034 M. 05 S)	
auf	847 455 " 10 "	
also der Betrag von	73 421 " 05 "	
und es ergibt sich hiernach eine schließliche Mehreinnahme von	5 174 088 M. 67 S)	
um die der umlaufende Betriebsfond zugenommen hat. Gegenüber der Annahme des Finanzgesetzes, daß zur Deckung der Ausgaben ein Zuschuß aus der Amortisationskasse von	12 315 182 " — "	
erforderlich sei, ergibt sich sonach ein um	17 489 270 M. 67 S)	
günstigerer Abschluß.		
Dieses Ergebnis läßt sich im Einzelnen auf folgende Umstände zurückführen:		
Der ordentliche Etat hat in den Einnahmen um	21 144 951 M. 42 S)	
günstiger, in den Ausgaben um	4 067 829 " 11 "	
ungünstiger, im Ganzen also günstiger abgeschlossen um	17 077 122 M. 31 S)	
Sodann ist der Werth der Naturalvorräthe in den beiden Jahren 1898 und 1899 um	73 421 " 05 "	
gestiegen, was einer Verbesserung des Abschlusses um diesen Betrag gleichkommt.		
	Zusammen	17 150 543 M. 36 S)
Ferner ist bei den für die Berichtsperiode bewilligten außerordentlichen Ausgaben nach Abzug der hierher gehörigen Einnahmen das Rechnungsergebniß um 12 253 672 M. weniger 9 272 230 M. 45 S) gleich	2 981 441 M. 55 S)	
hinter dem Budgetjahre zurückgeblieben, während auf Restkredite aus der vorhergehenden Periode nur ein Betrag von	2 642 714 " 24 "	
zu leisten war; der Mehrbetrag der Erübrigungen mit	338 727 " 31 "	
kommt der Budgetperiode zu gut.		
Unter Hinzurechnung dieses Betrages ergibt sich wie oben	17 489 270 M. 67 S)	
Der umlaufende Betriebsfond, welcher auf letzten Dezember 1897 einen Aktiobestand von	16 506 536 M. 75 S)	
und auf letzten Dezember 1899 einen solchen von	21 680 625 " 42 "	
nachweist, zeigt hiernach eine mit der obenerwähnten Mehreinnahme übereinstimmende Zunahme von	5 174 088 M. 67 S)	

Zweiter Abschnitt.

Ergebnisse der ausgeschiedenen Verwaltungszweige.

A. Eisenbahnbetriebsverwaltung.

Die Reineinnahme der Eisenbahnbetriebsverwaltung in den beiden Jahren 1898 und 1899 war im Budget angenommen zu	30 042 580 M. — S)
betrug indessen nach der Rechnung	46 622 558 " 31 "
sonach mehr	16 579 978 M. 31 S)

Die Rechnungen der Eisenbahnwerkstätten- und Eisenbahnmagazinsverwaltung, welche bis Ende 1899 von jenen der Eisenbahnbetriebsverwaltung getrennt geführt wurden, weisen bezüglich der Werkstättenverwaltung eine Mehreinnahme von	9 637 M. 32 S)
und bezüglich der Magazinsverwaltung eine solche von	4 645 776 " 05 "
zusammen eine solche von	4 655 413 M. 37 S)

Die Mehreinnahme der Magazinsverwaltung ist dadurch entstanden, daß wegen Auflösung der besonderen Rechnung dieser Verwaltung der Werth der Ende 1899 vorhandenen Materialien in die Betriebsrechnung (auf Vorschußkonto) übernommen wurde.

In Wirklichkeit hat der Werth der bisher der Magazinsverwaltung gehörenden Materialien und Geräthschaften im Laufe der Budgetperiode um 2 003 426 M. 77 S₇ zugenommen, während bei der Werkstätteverwaltung sich eine obiger Mehreinnahme von 9 637 „ 32 „

entsprechende Verminderung ergeben hat. Um den Unterschied von 1 993 789 M. 45 S₇ erhöht sich die Reineinnahme der Eisenbahnbetriebsverwaltung, so daß das Mehr bei letzterer statt 16 579 978 M. 31 S₇ in Wirklichkeit 18 573 767 M. 76 S₇ beträgt.

Dieses Ergebnis ist gegen den Abschluß der Budgetperiode 1896/97, welche gegen den Voranschlag eine Mehreinnahme von 15 337 938 M. 15 S₇ aufweist, um den Betrag von 3 235 829 M. 61 S₇ günstiger. Dieser beträchtliche Unterschied findet im Wesentlichen seine Erklärung in der Steigerung der Transporteinnahmen in Folge Zunahme des Verkehrs.

B. Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung.

Nach dem Budget war bei diesem Verwaltungszweig auf eine Mehrausgabe von 12 600 M. — S₇ gerechnet, während sich in Wirklichkeit eine Mehreinnahme von 121 969 „ 03 „

sonach ein günstigerer Abschluß von 134 569 M. 03 S₇ ergab. Dieses günstige Ergebnis ist im Wesentlichen durch die Zunahme der Transporteinnahmen verursacht.

C. Main-Neckar-Bahn.

Der Antheil am Reinertrag der Main-Neckar-Bahn war nach dem Finanzgesetz angenommen zu 1 769 490 M. — S₇ während derselbe rechnungsmäßig 1 744 009 „ 85 „ sonach 25 480 M. 15 S₇ weniger betrug.

Das badische Anlagekapital der Main-Neckar-Bahn, soweit es für die Vertheilung der Reineinkünfte maßgebend ist, beträgt im Durchschnitt der Jahre 1898 und 1899 8 574 715 M. 96 S₇

Der Reinertrag dieser beiden Jahre beziffert sich wie oben bemerkt auf zusammen 1 744 009 „ 85 „ oder auf jährlich durchschnittlich 872 004 „ 92 „

Hiernach ergibt sich eine durchschnittliche Verzinsung des Anlagekapitals von 10,17 Prozent.

D. Badanstaltenverwaltung.

Die ordentlichen Einnahmen waren veranschlagt für 1898 und 1899 zusammen auf 5 915 10 M. — S₇ Nach der Rechnung ergaben sich 738 403 „ 37 „

sonach mehr 146 893 M. 37 S₇

Dieses günstige Ergebnis ist im Wesentlichen dadurch veranlaßt, daß der Ertrag der Bäder die Annahme bei der Budgetaufstellung erheblich übertroffen hat.

Die ordentlichen Ausgaben haben die budgetmäßige Annahme um 31 087 M. 99 S₇ überstiegen, was in der Hauptsache durch die gestiegene Benützung der Anstalten hervorgerufen wurde.

Im außerordentlichen Etat erscheinen Mehrausgaben im Betrage von 1 133 M. 60 S₇ und zwar hat sich bei den budgetmäßigen Ausgaben eine Minderverwendung von 18 966 M. 40 S₇ ergeben, während auf Administrativkredit 20 100 M. bezahlt wurden. Die Verwendung der verbliebenen Kreditreste ist für die Budgetperiode 1900/01 vorbehalten.

Wir schließen diese Darstellung mit der unterthänigsten Bitte, Ewre Königliche Hoheit wollen uns gnädigst ermächtigen, diesen Vortrag nebst dem zugehörigen Hefte am nächsten Landtag den Ständen vorzulegen.

Karlsruhe, den 19. September 1901.

Buchenberger.